

Deng Xiaoping und der "Sozialismus chinesischer Prägung"

Angela Schottenhammer

The Chinese reform programme of a "socialist market-economy" was established on substantial initiative of Deng Xiaoping, one of the most famous politicians of 20th century China. The reform programme was a revision of China's hitherto prevailing socialist planned economy towards capitalistic market structures. This article wants to explain the relation between "Deng's" reform programme, which aimed at strengthening China's economy and which implied, among other things, a complete revision of the relationship between the state, the Communist party and the people, and its particular consequences.

Deng Xiaoping, der am 22. August d. J. seinen 92. Geburtstag erlebte, hat die 75jährige Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und seit 1949 die Geschichte der Volksrepublik entscheidend mit geprägt. Doch seine politische Karriere ist keineswegs homogen verlaufen, und mit seiner heutigen Bedeutung und seinem Einfluß auf die Politik der 80er und 90er Jahre haben in den ersten dreißig Jahren des Bestehens der VR China wohl nur wenige gerechnet.¹

Bis vor genau dreißig Jahren, das heißt bis 1966, war Deng Xiaoping in den meisten höheren Staatsorganen der Volksrepublik vertreten, aber noch im gleichen Jahr, während der Kulturrevolution, wurde er in innerparteilichen Dokumenten gleich an zweiter Stelle nach Liu Shaoqi, als einer der beiden gefährlichsten Männer, die den kapitalistischen Weg beschreiten, genannt und war dann von der politischen Bühne verschwunden. Kurz nach seiner teilweisen Rehabilitation, die wohl auf Drängen Zhou Enlais erfolgte, kam ziemlich genau zehn Jahre später der nächste Rückschlag. Am 28. März 1976 veröffentlichte die Volkszeitung die jüngsten Anweisungen des Vorsitzenden Mao:

Dieser Mann [Deng] ist nicht am Klassenkampf interessiert... Er sprach von weißen und schwarzen Katzen. Ihn kümmert es wenig, ob es sich um Imperialismus oder Marxismus handelt.²

Als sich trotz strikter Verbote am 4. und 5. April 1976 Zehntausende von Menschen auf dem Tiananmen-Platz versammelten, um dem im Januar verstorbenen Zhou Enlai zu kondolieren, und sich Deng Xiaoping mit ihnen solidarisierte, wurde ihm dieser Tiananmen-Zwischenfall von den Linken als eine Art Verschwörungsaktion unterstellt. Zwei Tage später, am 7. April 1976, faßte das Politbüro folgenden Entschluß:³

Auf Vorschlag unseres großen Führers, des Vorsitzenden Mao, ist das Politbüro einstimmig zu der Übereinkunft gekommen, Deng Xiaoping von allen seinen Ämtern sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei zu entlassen,

1 Zur Biographie Deng Xiaopings vgl. Liu Jen-Kai: "Deng Xiaoping. Eine Biographie", *China aktuell*, (Januar 1995) und folgende Ausgaben.

2 *Renmin Ribao*, 28.03.1976

3 *Zhongguo gongchandang dashi cidian* (hrsg. v. Jiping) Beijing 1991, S521

ihm jedoch zu erlauben, seine Parteimitgliedschaft aufrechtzuerhalten, um zu sehen, wie er sich in Zukunft verhalten wird.⁴

Erst ab 1977 begann sein stetiger Aufstieg. Heute, im Jahr 1996, scheint indes nichts mehr an diese Rückschläge zu erinnern. Vielmehr ist man erstaunt, daß der hochbetagte Deng noch immer als der entscheidende Mann in der Politik Chinas gesehen wird und ähnlich wie vor dem absehbaren Tod von Mao Zedong 1976 zahlreiche Spekulationen getätigt werden über das, was nach ihm kommen wird, wobei die Urteile sehr unterschiedlich ausfallen.⁵

Deng Xiaoping gehört zu den alten Kriegsveteranen und langjährigen revolutionären Mitstreitern der KPCh. Doch wenn sein Name fällt, denkt man weniger an den kommunistischen Revolutionär als an den großen Reformers Chinas.⁶ Obwohl er schon seit längerem aus der praktischen Politik ausgeschieden ist, wurde er in der jüngsten Vergangenheit bis zuletzt als der entscheidende Mann in der chinesischen Politik angesehen.⁷ War er nun ein sozialistischer Staatspolitiker oder schon immer ein Mann in der Partei, der den kapitalistischen Weg beschreitet, wie ihm während der Kulturrevolution vorgeworfen wurde?

Für die führenden Kader der KP Chinas - dies schließt Mao Zedong ebenso wie Deng Xiaoping ein - stellte der Sieg über die Kolonialmacht Japan und die konkurrierende Guomindang im Jahr 1949 einen praktischen Beweis dar: Ihnen war als Kommunisten die Befreiung Chinas gelungen, und damit hatte sich der Marxismus als erfolgreiche Methode erwiesen, ein großes, einheitliches und unabhängiges China aufzubauen. Die KP Chinas hatte von Anfang an die verschiedenen politischen Systeme daraufhin begutachtet, welches für die noch herzustellende Nation China das geeignetste sei. Der Sieg der kommunistischen Revolution hatte somit auch die Existenzberechtigung der KP bewiesen:

Wenn wir nun umgekehrt keine Marxisten wären oder den Marxismus nicht mit den chinesischen Verhältnissen verbunden hätten und nicht unserem eigenen Weg gefolgt wären, dann wäre China zersplittert geblieben, hätte weder Unabhängigkeit noch Einheit erlangt. Freiheraus gesagt, China muß am Marxismus festhalten. Hätten wir kein volles Vertrauen auf den Marxismus gehabt, hätte die chinesische Revolution niemals siegen können.⁸

Das Festhalten am Marxismus hatte für die KP-Führung zunächst den Charakter einer historischen Notwendigkeit. Auf der Grundlage der ökonomisch-politischen Verhältnisse ihres postfeudalen Landes erschien ihr nur eine einheitliche, zentralistische politische Führung in der Lage zu sein, das nationale Aufbauprogramm Chinas erfolgreich durchzusetzen. Mao Zedong ebenso wie Deng Xiaoping haben immer wieder betont, daß der "kapitalistische Weg" mit beispielsweise einer bürgerlichen Liberalisierung, wie man sie in westlichen Demokratien kennt, für China nur Chaos

4 *Renmin ribao*, 08.04.1976. Vgl. Liu Jen-kai: "Deng Xiaoping. Eine Biographie", *China aktuell*, (September 1995), S.44.

5 Zu den unterschiedlichen Szenarien vgl. Richard Baum: "China after Deng: Ten Scenarios in Search of Reality", *The China Quarterly*, (March 1996) 145, S. 153-175.

6 Vgl. "Special Issue: Deng Xiaoping: An Assessment", *The China Quarterly*, (September 1993) 135.

7 Jüngste Gerüchte berichten von einem sinkenden Einfluß der Familie Deng. Vgl. "Rumours do rounds over Deng dynasty", *South China Morning Post*, 28 July, 1996.

8 Deng Xiaoping, *Die Grundlegenden Fragen im Heutigen China*. Beijing 1988, S.63.

und Zerfall bedeutet hätten. Einig waren sich Mao und Deng zunächst ebenfalls in der Feststellung des Hauptproblems der chinesischen Ökonomie: Funktionale Industrie war praktisch nicht vorhanden und ein Bauernvolk von einigen hundert Millionen, das in seiner überwiegenden Mehrheit aus Kleinbauern und Pächtern bestand, konnte naturgemäß keine hohe Produktivität entwickeln, wenn es die eigenen Substanzmittel permanent aus der eigenen Reproduktion ableiten mußte. Immerhin reichte die von der Partei organisierte Produktivität dafür, im Sinne einer "Eisernen Reisschüssel" die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu gewährleisten. Aber wie sollte aus dem in der Tat bescheidenen bäuerlichen Mehrprodukt, überführt in freie staatliche Verfügung, ein Mittel für das eigentliche Ziel der Parteiführung werden, China zu industrialisieren?

Bei der Lösung dieses zentralen Problems zeigte sich der erste Gegensatz zwischen Mao und Deng. Mao wollte mit moralisch-politischer Agitation auf die "Schöpferkraft der Massen" als Produktivkraft bauen. Dies wurde besonders bei dem von ihm in die Wege geleiteten "Großen Sprung nach Vorn" deutlich, der bekanntlich in einem ökonomischen Desaster endete, weil die "Schöpferkraft der Massen" an Mittel gebunden ist, die es aber damals kaum gab, daher von ihnen erzeugt werden sollten, ebenso wie an die Arbeitskraft selbst, die nicht gleichzeitig Stahl produzieren und Agrikultur betreiben kann. Hungersnöte waren die Folge. Das Scheitern dieses ökonomischen Aufbauprogrammes und Maos Politik der "Kulturrevolution", welche die Massen gegen große Teile der Partei im Namen einer "richtigen" Massenlinie für den "sozialistischen Weg" in Anschlag brachte und in einem politischen Chaos endete, waren für Deng offensichtlich das genaue Gegenteil der ursprünglich gemeinsamen Absicht, unter einer politisch starken KP-Führung den ökonomischen Aufbau Chinas voranzubringen. Er muß schon damals eine andere Vorstellung von Produktivität bzw. deren Zweck gehabt haben, und zwar in der Hinsicht, daß sie getrennt von der chinesischen Bevölkerung bzw. im Gegensatz zu ihr entwickelt werden muß. Daher war es für Deng ganz im Gegensatz zu Mao kein Vorteil, eine Milliarden-Bevölkerung zu besitzen. 1987 gab er erstmals auch öffentlich zu Protokoll:

China besitzt viel zu viele Menschen, zur Zeit hat es schon 1,05 Milliarden Einwohner. Es ist nicht leicht, das Einkommen einer so großen Bevölkerung zu erhöhen, ebenso schwierig ist es, in kurzer Zeit Armut und Rückständigkeit abzuschütteln.⁹

Es ist aufschlußreich für den Maßstab, den Deng an Produktivität anlegt, wenn er die ökonomische Binsenweisheit, daß die Arbeitskraft mehr zu produzieren in der Lage ist als sie zu ihrer eigenen Reproduktion benötigt, in ihr Gegenteil umkehrt: Die Arbeitskraft der chinesischen Bevölkerung soll zum Problem werden, für wen, wenn nicht für die Parteiführung, die in der Versorgung der Bevölkerung eine Schranke der Produktivität sieht.

Schon damals muß Deng in der Auseinandersetzung mit Mao gehnt haben, daß die massenhafte Benutzung der chinesischen Bevölkerung für die Schaffung von Staatsreichtum nur sehr bedingt tauglich ist, vielleicht eher schädlich. Auf jeden Fall kon-

9 "Gespräch mit L. Strougal, Ministerpräsident der damaligen CSSR". Ebd., S.205.

zipierte Deng den Übergang von dem Motto "auf die eigene Kraft bauen" zu dem Projekt, eine Politik der "offenen Tür" zu betreiben und ausländische Hilfe für den Fortschritt der chinesischen Ökonomie nutzbar zu machen. Und nicht nur das. Deng hielt offenbar auch die von der KP eingerichtete Ökonomie Chinas selber für revisionsbedürftig. Die Frage ist, welchen Maßstab er an die Ökonomie seines Landes anlegte, um sie für generell untauglich zu erklären. Seine Aussagen "es ist egal, ob die Katze schwarz oder weiß ist, Hauptsache, sie fängt Mäuse" oder "wenn der Sozialismus nicht funktioniert, dann versuchen wir etwas anderes" verraten einiges über Dengs Maßstab. Offensichtlich betrachtete er jegliches Wirtschaften nur unter einem Gesichtspunkt: Inwiefern ist es "effektiv" genug, dem Staat möglichst viel Reichtum zu verschaffen, um ihm die Mittel an die Hand zu geben, die er dafür benötigt, um den Rang in der Staatenwelt einzunehmen, der ihm nach Meinung seiner politischen Führung zukommt. Unter diesem Gesichtspunkt war Deng offensichtlich klar, daß die bescheidene Sicherung der Subsistenz der chinesischen Bevölkerung, die die KP organisiert hatte, für höhere politische Zwecke völlig ungeeignet war. Damit stand aber der bis dahin gültige Eckpfeiler der "maoistischen Linie" zur Revision an, deren Vollzug den Grundstein für das Reformprogramm legte.

Maos Politik hatte darauf bestanden, die Einheit von Volk, Partei und Staat zu festigen. Ausdruck dessen war einerseits sein Programm der "Eisernen Reisschüssel"; andererseits hatte sich Mao auch nicht gescheut, seine Politik der Einheit mit Hilfe der Massen gegen Teile der Partei durchzusetzen (Kulturrevolution), um die "korrekte Massenlinie" zu wahren. Diese Politik der Stärkung Chinas hielt Deng für prinzipiell ungeeignet. Das von ihm diagnostizierte Chaos, welches Maos Einheitspolitik hinterlassen hatte, bewies ihm deren Untauglichkeit für den erklärten Zweck, China politisch und ökonomisch stark werden zu lassen. Den Grund für dieses Scheitern sah Deng in einem dysfunktionalen Verhältnis von Volk, Partei, Staat und seiner Wirtschaft. Im Auge hatte Deng dabei ein Moment der westlichen demokratischen Staaten, an denen abzulesen war, inwiefern die funktionale Trennung von Bevölkerung, Parteien und Staat für politische Stabilität sorgen und einen Reichtum abwerfen konnte, von dem China nur träumen konnte. Der von Deng vorgenommene Vergleich Chinas mit den wirklich erfolgreichen politökonomischen Subjekten der Staatenwelt stellte ihn vor das Dilemma die eigene Wirtschaft in dem Bewußtsein zu "effektivieren", daß ein solcher Prozeß - so notwendig er sei - ohne ausländische Hilfe nicht in dem gewünschten Maße erfolgreich sein würde, daß er aber gleichzeitig nur unter Kontrolle der KP für China nützlich sein konnte.

Deng hatte dabei sehr genau das "Schicksal" der verschiedensten Drittwelt-Staaten vor Augen, denen es als Anhängsel des Weltmarktes niemals gelang, eine einheimische Akkumulation zu befördern, an der der Staat partizipieren konnte. Hier sah er den entscheidenden Unterschied gegenüber den Ausgangsbedingungen seines eigenen Staates. China hatte unter der Führung der KP eine bescheidene "sozialistische" Wirtschaft ohne westliche "Hilfe" und Verschuldung entwickelt, so daß Deng und seine Reformer glaubten, auf dieser Grundlage die allseits bekannte Wirkung der Abhängigkeit der Drittwelt-Staaten von den Industrienationen umkehren zu können: "Den Westwind ins Land lassen" beziehungsweise ausländisches Kapital für den

weiteren Ausbau der chinesischen Ökonomie zu nutzen, ohne in die unerwünschte Abhängigkeit von den Industrienationen zu geraten. Zu diesem Zweck hielt Deng es für geboten, den chinesischen Staat und seine Wirtschaft prinzipiell zu reformieren. Die Inhalte dieser parallel durchgesetzten Reformen bezogen sich zum ersten auf die Neugestaltung der Beziehung von Staat und Ökonomie und zum zweiten auf die Regelung der Beziehung von Staat und Gesellschaft.

Die Neugestaltung der Beziehungen zwischen Staat und Ökonomie

Einen entscheidenden Impuls für die weitere Entwicklung Chinas gab Deng Xiaoping, als er sich für soziale und regionale Ungleichheit aussprach:

Es sollte erlaubt werden, daß einige Leute in den ländlichen Gebieten und in den Städten schneller als die anderen reich werden. Es ist gerecht, daß man durch harte Arbeit wohlhabend wird, und es ist gut, daß einige Leute und einige Gebiete als erste zu Wohlstand gelangen. [...] Diese neue Methode ist besser als die alte. In der Landwirtschaft unterstütze ich das vertragsgebundene System der Verantwortung für ein großes Stück Land. Auch in dieser Hinsicht läßt der gegenwärtige Stand vieles zu wünschen übrig. Kurz gesagt, wir sollten die Förderung des Sozialismus chinesischer Prägung, die Prosperität des Landes und das Gedeihen und das Glück des Volkes als Kriterium dafür betrachten, ob wir auf allen Gebieten unserer Arbeit richtig gehandelt haben oder nicht.¹⁰

Mit ihrer Bereicherungsparole haben Deng und die Reformier ihr Interesse ausgesprochen, ein Wachstum der chinesischen Wirtschaft zu erzeugen, und gleichzeitig eingestanden, daß in derselben der Stachel für diesen ökonomischen Zweck noch gar nicht vorhanden war. Wie sollte auch in einer Ökonomie, in welcher der Staat die Preise festsetzt, die Mittel an die Betriebe verteilt, die Ankaufspreise für die Lebensmittel garantiert etc. ein solcher Bereicherungstrieb entstehen? Das staatliche Geld - der Yuan - fungierte bis dato als reines Rechengeld zum Zwecke der Bilanzierung der Betriebe untereinander bzw. gegenüber dem Staat und als Zirkulationsmittel zwischen den Konsumenten und Produzenten. Aber den Zweck, Geld als Ausdruck von allgemeinem abstraktem Reichtum festhalten zu wollen, um es zu vermehren, gab es bis dahin in China nicht. Genau darauf zielte aber die Reform der teilweisen Preisfreigabe. Sie sollte eine neue Methode sein, langfristig gesehen, den allgemeinen Reichtum vermehren zu helfen. Sachlich betrachtet leistete die teilweise Preisfreigabe aber lediglich eine Umverteilung der zirkulierenden Yuansummen von denen, die kaufen mußten, zu denen, die etwas zu verkaufen hatten. Und auch die Verkäufer auf dem "chinesischen Markt", z.B. Betriebe, die wiederum als Käufer auftreten mußten, um sich Vorprodukte zu beschaffen, hatten die erhöhten Preise anderer Verkäufer zu zahlen. Es war daher gar nicht absehbar, daß aus einer solchen Umverteilung der Yuan-Geldsummen eine erhöhte Produktmenge resultierte; denn die Vermehrung von Yuan kann mittels Preiserhöhung durchaus auch bei einer Verminderung der Produktmenge gelingen.

10 Deng Xiaoping: "Unsere Arbeit auf allen Gebieten sollte zum Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung beitragen", in: ders., *Grundlegende Fragen...*, S. 15.

In der Landwirtschaft bestand daher die erste Reform darin, das Pachtsystem einzuführen. In der Industrie wurde das System der Besteuerung eingeführt. Offensichtlich ging es Deng also darum, alle ökonomischen Subjekte auf die Erwirtschaftung von Geldgrößen festzulegen, an denen der Staat partizipieren wollte, ohne jedoch weiterhin im bisherigen Maße für die Zuteilung der Mittel verantwortlich sein zu müssen. Dengs Idee bestand darin, den Staat weitgehend aus der Verantwortung gegenüber seiner Ökonomie und der Bevölkerung zu befreien und gleichzeitig daraus eine Erhöhung des Staatsreichtums in Form von Geldgrößen zu erhalten. Der Widerspruch bei diesem polit-ökonomischen Standpunktwechsel besteht darin, daß der Staat sich einerseits von der Mittelversorgung der Betriebe entpflichten und sie auf Geldgrößen verpflichten will, die er durchaus auch bekommt, weil die Betriebe die Preise erhöht haben; daß andererseits aber die für den gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang benötigten Produkte nur noch einen sehr begrenzten Maßstab für das Funktionieren der nach wie vor gültigen Planung der chinesischen Ökonomie beinhalten. Eine gesamtstaatliche Planung sollte und mußte ja einerseits nach wie vor aufrechterhalten werden, wenn nicht die gesamte Ökonomie wie in Rußland zusammenbrechen sollte. Völlig nach Maßgabe und im Einklang mit der staatlichen Vorgabe, sich zu bereichern, richteten die Betriebe aber andererseits ihre Produktion auf solche Produkte aus, die den größten Gewinn bringen, und machten sich auf diese Weise von einer gesamtstaatlichen wirtschaftlichen Versorgung unabhängig bzw. verhielten sich rücksichtslos gegen eine solche. Die Konsequenzen aus diesem Widerspruch führten in der Folgezeit zu den bekannten Engpässen in den meisten Bereichen der chinesischen Wirtschaft und erforderten neue Reformen, um die entstandenen Lücken in den verschiedenen Produktionsbereichen, der Energieversorgung und dem Transportwesen wieder einigermaßen zu schließen.

Der Versuch, ein einheimisches Wirtschaftswachstum herbeizureformieren, war so jedenfalls nicht erfolgreich und brachte Deng Xiaoping auf den Gedanken, schon vorhandenes - eben ausländisches - Kapital für eine chinesische Entwicklung zu benutzen. Die Parteiführung beschloß, ausgewählte Experimentierfelder - Sonderwirtschaftszonen (SWZ) - einzurichten, in denen ausländisches Kapital zu günstigen Konditionen für den Export produzieren und über die chinesische Beteiligung Devisen erwirtschaften sollte. Damit reflektierte Deng (noch) den Widerspruch zwischen der eigenen, nach wie vor staatlich geplanten Ökonomie und dem dem freien Kapital zugänglichen SWZ. Deng wußte also, daß ein schrankenloser Zugriff ausländischen Kapitals der chinesischen Ökonomie schaden würde. Ein gewisses Restrisiko meinten er und die Reformer offensichtlich in Kauf nehmen zu können; denn sie erhofften sich über die von den SWZ exportierten Waren Devisengewinne, die sie aus der staatlichen Finanzklemme befreien sollten, die sie von ihrer ersten "Readjustierungskampagne" (1980/81) noch in Erinnerung war: Damals waren viele Industrieprojekte mit ausländischem Kapital gescheitert, weil der chinesische Staat nicht die geforderten Finanzierungen gewährleisten konnte.

Deng ging schließlich noch einen Schritt weiter. Er wollte auch die "innerchinesischen" staatlichen Betriebe in die Lage versetzen, Devisen erwirtschaften zu können. Dafür löste er das Handelsmonopol des Staates auf, indem in zunehmendem Maße die Regionen als lokale Standorte separate Handelsbeziehun-

gen mit dem Ausland knüpfen konnten, vornehmlich solche, die noch unter zentraler Leitung einige Erfolge im Außenhandel vorweisen konnten.

Die Revision der Beziehungen zwischen Staat, Partei und Gesellschaft

Bereits 1954 wurde unter dem Vorsitz von Mao Zedong die erste chinesische Verfassung verabschiedet. Ihre Eigenart besteht darin, daß sie anstelle von "verfaßten" staatlichen Prinzipien oder Idealen im gesetzlichen Umgang mit der Gesellschaft vielmehr ein Programm beinhaltet, nach welchem der chinesische Staat und seine Wirtschaft erst noch aufzubauen sind. Maos Einheitsgedanke von Staat, Partei und Volk findet sich insofern in einzelnen Artikeln (Kap.I, Art. 17,18),¹¹ als die Partei- und Staatsfunktionäre in ihren Entscheidungen an den Willen der Massen gebunden werden. Auch das II. Kapitel (Staatsaufbau), welches die formellen Zuständigkeiten der Institutionen und Entscheidungsträger "regelt", kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die "verfaßten" Grundsätze gar nicht maßgebend sind. Statt dessen sind sie sehr prinzipiell politisch relativiert worden. In den praktischen Auseinandersetzungen innerhalb der KP entschied sich, wer in welcher Funktion Entscheidungsträger war. Und auch in Kapitel III (Grundrechte und -pflichten) wird deutlich, daß der Staat ein Grundrecht garantiert, nach dem es überhaupt kein Bedürfnis in der Gesellschaft gibt, sondern welches der Staat erst noch erzeugen will: "Die Bürger der VR China haben das Recht auf die Freiheit der Rede, der Presse, der Versammlung Der Staat sorgt für die notwendigen materiellen Voraussetzungen, die den Bürgern den Genuß dieser Freiheit sichern" (Art. 87).

Anvisiert wird hier eine Art von Öffentlichkeit, welche die Partei- und Staatsmaßnahmen zum Gegenstand der Diskussion der Bevölkerung macht - "in die Massen tragen" -, worin auch die berühmt-berüchtigten Wandzeitungen während der Kulturrevolution eingeschlossen sind. Praktisch hat also die erste Verfassung nie eine Relevanz für die jeweils aktuelle Politik gespielt, und kein kollektivierter chinesischer Reisbauer dürfte jemals ein Problem damit gehabt haben, daß er beispielsweise ein Grundrecht auf "Freiheit der Niederlassung und des Wohnungswechsels" besitzt, schlicht deshalb, weil er in seiner Volkskommune einigermaßen versorgt lebte und dort auch eingeplant war.

Unter der Führung von Mao Zedong gab es insofern kein Recht im modernen Sinn. Die Partei plante die Wirtschaft und sorgte für ein bescheidenes Auskommen der Bevölkerung. Unzufriedenheiten in der Bevölkerung waren Objekt der Betreuung durch lokale Parteikader und entsprechende staatliche Moralkampagnen. Bei Vergehen beispielsweise gegen das "sozialistische Eigentum", bei Faulheit u.a. wurden öffentliche Kritik-Selbstkritik-Veranstaltungen abgehalten, die von den Volkskommunen geregelt wurden und mit Umerziehung oder härteren Strafen bis zur Hinrichtung der Delinquenten verbunden waren. Die Politisierung der Massen während der Kulturrevolution, deren Opfer auch Deng Xiaoping wurde, hinterließ sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik ein Chaos, denn die Politisierung des Volkes

11 "Verfassung der VR China" aus dem Jahr 1954. Diese Verfassung ist in verschiedenen Sammelwerken abgedruckt. Hier in: Takehana Mitsunari, *Chūgoku genpōron josetsu*. Tōkyō 1991, S.209.

wurde von Mao als innerparteilicher Kampf um die richtige Massenlinie und mit Hilfe der Massen durchgeführt.

Deng hielt diese Politik Maos, die das Ideal der Einheit von Partei, Volk und Staat propagierte, für äußerst untauglich; denn eine solche Politik verhinderte staatlicherseits eine effektive Benutzung der Bevölkerung und band die Partei als "Vorhut" immer noch in gewissem Maße an die Interessen der Massen. Es ging Deng daher um eine prinzipielle "rechtsstaatliche" Neudefinition der Politik. Davon zeugt die Ende 1982 von ihm und den Reformern durchgesetzte Verfassungsrevision, die darauf abzielte, das Recht quasi als Produktivkraft für den Staat im Umgang mit seinem Volk zu gebrauchen. Das wird zuerst daran deutlich, daß in der neuen Verfassung auf eine Sonderrolle der Partei verzichtet wurde. Sie erscheint in allen einschlägigen Artikeln als ein der Staatsführung untergeordnetes Vollzugsorgan. So wurde der von den Reformern um Deng durchgesetzte Parteibeschuß, China und seine Ökonomie zu reformieren, in den Rang eines verfassungsrechtlich geltenden Staatsprogrammes erhoben und die Parteikader zu Vollzugsorganen dieses Staatsprogrammes umfunktioniert, gegen das innerparteilich keine Einwände und Diskussionen mehr möglich waren.

Im Umgang mit der Bevölkerung gewährte die neue Verfassung die in westlichen Demokratien bekannten "Grundrechte" auf freie Meinungsäußerung, Freiheit der Kultur, Gewaltenteilung (Art.123), ja sogar das Recht der Kritik an Staatsorganen und Funktionären (Art. 41). Auffällig an diesen Reformen ist allerdings, daß sie auch damals (wie unter Mao) nicht auf ein Bedürfnis der Bevölkerung treffen konnten. Wenn die freie, öffentliche Meinung sowieso lediglich in Form von Parteizeitungen existierte und die Gewaltenteilung keine Errungenschaft aus dem erfolgreichen Kampf gegen eine feudale Obrigkeit zum Schutze der Bürger war, sondern von oben, von der staatlichen Führung, per Verfassung dekretiert wurde, dann setzte diese das Recht dafür ein, die chinesische Bevölkerung zu einem Staatsvolk werden zu lassen, das für den chinesischen Nationalstaat funktional sein sollte. Genau dies zeigt aber, daß auch die Verfassung von 1982 juristisch Verhältnisse in der Gesellschaft regeln sollte, die es in ihr noch gar nicht gab, sondern die in der Sphäre von Politik und Ökonomie von den Reformern erst hergestellt werden mußten.

Die Verfassung sollte aus sich heraus quasi als "Produktivkraft" etwas mit erzeugen, was sie selber gar nicht hervorbringen konnte, da die Subjekte der Gesellschaft und ihre Interessen erst politisch so bestimmt sein müssen, daß eine Verfassung für sie auch einen Schutz gegenüber anderen geltenden Interessen bietet. Nicht nur die Begründung des stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission für den Entwurf einer Verfassungsrevision Peng Zhen, eine neue Verfassung sei notwendig, weil die alte nicht mehr zeitgemäß sei, und seine Forderung, daß man "die Bewußtheit von Kadern und Massen steigern solle, die Verfassung einzuhalten",¹² deutet auf die Abwesenheit eines solchen Interesses. Dessen Fehlen wird auch in einem Artikel

12 Peng Zhen: Rede auf der 5. Sitzung des 5. Nationalen Volkskongresses am 26. November 1982. "Report on the draft of the revised constitution of the People's Republic of China", in: *The laws of the People's Republic of China (1979-1982)*. Beijing 1987, S.397-419; hier: S.397-398. Diese Rede enthält sehr aufschlußreiche Erläuterungen in Bezug auf die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung.

schlagend dokumentiert, der in allen chinesischen Verfassungen immer wieder neu formuliert worden ist: "Die Bürger der Volksrepublik China müssen die Verfassung und die Gesetze einhalten, Staatsgeheimnisse wahren, das öffentliche Eigentum schützen, die Arbeitsdisziplin einhalten, die öffentliche Ordnung und die gesellschaftliche Moral respektieren" (Art. 53).

Diese Aussagen verweisen auf den Widerspruch zwischen dem in der Verfassung ausgedrückten Ideal und der realen gesellschaftlichen "Verfassung", insoweit als die Parteiführung ihrem Staat eine Verfassung gibt, in welcher sie sich als Staatsgewalt auf die Prinzipien ihrer Machtausübung verpflichtet, und darin gleichzeitig einen Artikel formuliert, der die Bürger dazu auffordert, sich an die Verfassung zu halten. Denn das unterstellt, daß die chinesische Bevölkerung noch gar nicht in Staats- und Privatbürger geschieden ist, und daß noch nicht über die für die Verfolgung ihrer Privatinteressen zur Verfügung stehenden Mittel - das Privateigentum - entschieden ist. Der Appell des Art. 53 richtet sich an den abstrakten Staatsbürger; wären die Interessen der Privatbürger bereits über die Eigentumsverhältnisse geregelt, entfielen dieser Artikel ersatzlos.

Wie weit die funktionale Trennung von Staat, Partei und Volk gediehen war, zeigte sich 1989. Als hauptsächlich Studenten - sie glaubten zunächst noch an das alte Ideal der Einheit - auf dem Tiananmen-Platz von der Parteiführung (!) Rechenschaft über die durch die Reformen hergestellten Mißstände forderten, beispielsweise die zunehmende Korruption unter den Parteikadern oder die Gewaltverbrechen im öffentlichen Bereich, und die Partei an ihre Pflichten (!) gegenüber dem Volk erinnerten, stand die Parteiführung vor der Frage, wie sie mit ihren letzten Zweifeln¹³ an den durch die Reformen erzeugten Gegensätzen in der Bevölkerung und deren angestrebter effektiver Benutzung für den chinesischen Reformstaat umgehen wollte. Dengs Antwort, mit der er sich in der Parteiführung durchsetzte, ist bekannt.

Deng Xiaopings Vermächtnis

Für Dengs Nachfolger wird es darauf ankommen, die Frage praktisch zu beantworten, ob es ihnen gelingt, seinen "Ausgangspunkt" im Griff zu halten: Die Modernisierungen sollten zuallererst China nutzen. Der selbstbewußte Entschluß der KPCh, die Modernisierung Chinas mittels Dengs Reformen voranzutreiben, hat mittlerweile einige Sachzwänge hervorgebracht, die der Parteiführung zunehmend Schwierigkeiten bereiten. Dengs Postulat, nach dem einige Personen und Provinzen zuerst reich werden sollten, um dann den anderen zu helfen, auch reich zu werden, hat mittlerweile das glatte Gegenteil bewirkt. Die reich gewordenen Provinzen weigern sich, mehr Mittel an die Zentrale und die unterentwickelten Regionen abzuliefern. Ein ewiger Steuerstreit steht der Pekinger Zentrale ins Haus, ein Kompromiß mit den besser entwickelten Provinzen konnte bisher nur mühsam erreicht werden. Mittlerweile ist eine Konkurrenz verschiedener Provinzen um die Produktion bestimmter Waren entstanden, was auf die Abschottung ihrer Märkte hinausläuft.

13 Die Studenten konnten immerhin einige Wochen auf dem Tiananmen-Platz demonstrieren, bis sich die Parteiführung zu einer Entscheidung durchrang.

Darüber steht tendenziell die Einheit des chinesischen Staates ebenso wie die Einheit der Partei auf dem Spiel.

Wie weit die Macht der Parteizentrale reicht, hängt von den Parteikadern in den Provinzen ab. Die hat die Partei aber gerade zu Agenten von Privat- bzw. Provinzinteressen in den Betrieben und in der Agrikultur gemacht, so daß gar nicht genau unterschieden werden kann, ob z.B. ein ehemals kommunistischer Kader in seiner Funktion als Fabrikmanager gegen die Parteilinie verstößt, wenn sein Gewinninteresse andere ruiniert. Die 1995 durchgeführte Anti-Korruptionskampagne gegen die Parteifunktionäre kann diesen Widerspruch nicht beseitigen, weil er eine notwendige Konsequenz des Reformprogramms ist; wer anders als entscheidungsbefugte Subjekte - also Parteikader - ist in China überhaupt in der Lage, im Parteauftrag Gewinninteressen zu befördern, die marktwirtschaftlich-privaten Charakter haben?

Dengs Reformen haben ausländisches Kapital in umfangreicher Masse ins Land geholt, das ist sicher, und die Tendenz scheint den Reformern recht zu geben. Kein wichtiger westlicher Staat will seine Wirtschaft um mögliche zukünftige Erfolge auf diesem "Wachstumsmarkt" behindert sehen. Die Reformen nutzen die Investitionsbereitschaft des Auslandes mittlerweile auch dafür, sich die Bedingungen für erfolgreiche Geschäftstätigkeit (Infrastruktur, Kommunikation etc.) über Kredite aufbauen zu lassen. Bezahlen wollen sie die dafür notwendigen Kosten mit der geschäftlichen Nutzung der aufgebauten Infrastruktur durch ausländische Investoren. Damit ist das Interesse ausländischer Kapitalgeber, die in China auf Grundlage des chinesischen Nationalkredits Geschäfte machen, auf prinzipiell freie Konvertibilität der chinesischen Währung gelenkt. Der freie Vergleich des Yuan mit den erfolgreichen westlichen Währungen stellt die Ökonomie Chinas aber vor das Problem, den dauerhaften Nachweis eines Exporterfolges zu garantieren, was der chinesische Staat gar nicht in seiner Hand hat. Der Streit um die Bedingungen für den WTO-Beitritt zeigt dies genauso wie die Verhandlungen mit den USA über die jährliche Verlängerung der Meistbegünstigungsklausel. Solange die KPCh an dem geplanten Zusammenhang - wie reduziert auch immer - ihrer Ökonomie festhält, besteht nämlich der ausländische Verdacht, daß der Yuan doch noch als "künstlich" staatlich fixierter beurteilt wird, weil er noch immer als innerchinesisches "Verechnungsgeld" auch die Verluste der Staatsbetriebe mit trägt.

Deng Xiaopings Reformen haben die politökonomischen Grundlagen des chinesischen Staates und seiner Gesellschaft tatsächlich "revolutioniert". Die Reformen haben mittlerweile fast alle Bedingungen erzeugt, im Land die Marktwirtschaft durchzusetzen. Daß Deng dieses Programm den Weg zum "Sozialismus chinesischer Prägung" nannte, ist insofern gerechtfertigt, als er den Begriff "Sozialismus" schon immer mit dem Erfolg Chinas gleichsetzte. Ob der von ihm erhoffte Erfolg auch Wirklichkeit wird, bleibt offen.